

Rede bei der Mahnwache zum Red Hand Day am 12.2.2022 vor dem Landtag von NRW, Joachim Schramm, DFG-VK NRW

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Mitbürger:innen hier vor dem Landtag!

Mein Name ist Joachim Schramm und ich spreche hier für die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) NRW. Gemeinsam mit der LSV sind wir Mitglied im Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“. Wir wenden uns gegen die vor allem auf junge Menschen zielende Werbung der Bundeswehr an und im Umfeld von Schulen. Und ich finde es toll, dass heute wieder doch so viele gekommen sind, um hier gemeinsam zu protestieren.

Heute ist ein besonderer Tag, denn heute vor 20 Jahren, am 12. Februar 2002 trat das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, das den Einsatz von Kindern im Krieg verbietet. Aus diesem Anlass findet jedes Jahr weltweit der sogenannte Red Hand Day statt, der Protesttag gegen Kindersoldaten mit dem Symbol der Roten Hand, mit dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene deutlich machen: Halt, Stopp, den Einsatz von Kindern und Jugendlichen im Krieg beenden. 250.000 Kinder werden immer noch weltweit zur Teilnahme am Krieg gezwungen, im Kongo, im Sudan, in Myanmar, in 25 Ländern insgesamt. Häufig werden die Minderjährigen entführt und zum militärischen Dienst gezwungen oder mit falschen Versprechungen gelockt. Die langfristigen Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit der Kinder sind katastrophal: Sie werden zu absolutem Gehorsam gezwungen, verlieren an Selbstbewusstsein, stumpfen gegenüber Grausamkeiten ab und werden am Ende meist traumatisiert zurückgelassen. Deshalb müssen wir den Protest dagegen aufrechterhalten und die Unterstützung für das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention stärken.

Die ursprüngliche Forderung der Kinderschutzorganisationen, eine klare Grenze bei 18 Jahren schon bei der Einberufung, ein „Straight 18“ zu ziehen, stieß auf den Widerstand diverser Staaten. Daher verbietet das Zusatzprotokoll zwar den Einsatz von Minderjährigen im Krieg, bei der Einberufung gibt sie jedoch nur eine Empfehlung ab. Doch dieser Empfehlung haben sich immerhin 150 Staaten angeschlossen und rekrutieren keine unter 18-jährigen. Ausgerechnet Deutschland gehört hier zur Gruppe der unrühmlichen Ausnahmen. Regelmäßig stellt die Bundeswehr unter 18-jährige als Freiwillige ein, 2021 waren es 1.239, und seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr zusammen über 14.000 Minderjährige rekrutiert. Der UN Ausschuss für die Rechte der Kinder hat Deutschland bereits 2014 aufgefordert, das Mindestalter der Rekrutierung auf 18 Jahre festzulegen.

In diesen Wochen geht die Sorge vor einem neuen Krieg in Europa um. Der Westen wirft Russland vor, mit einem Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und mit Militärmanövern einen Konflikt herauf zu beschwören, Russland wirft der NATO vor, durch ihre Osterweiterung und ihre immensen Rüstungsausgaben eine Bedrohung darzustellen. Auch die NATO führt immer wieder Manöver in Osteuropa durch und stationiert tausende von Soldaten dort. Bis jetzt wird bei Verhandlungen versucht, zu einer diplomatischen Lösung zu kommen. Der Ausbruch von Kampfhandlungen könnte schreckliche Folgen haben, ein großer Krieg ist Europa wäre nicht auszuschließen. Auch die Bundeswehr hat Truppen in Estland an der Grenze zu Russland stationiert. Das sind die realen Situationen, mit denen junge Menschen in der Bundeswehr konfrontiert sind. Minderjährige werden nicht in Kampfhandlungen geschickt, aber die Werbung der Bundeswehr bereitet auch die 18-jährigen nicht darauf vor, was ein Kriegseinsatz bedeuten würde. Hier überwiegen die schönen Bilder von Technikeinsatz und Kameradschaft, es fehlen die Bilder von Verwundeten oder Toten, deren Zahl bei einem Krieg in Europa anders als in Afghanistan nicht einige Dutzend sondern tausende umfassen könnte. Die Friedensbewegung hat begonnen, gegen eine weiter

Eskalation des Konflikts aktiv zu werden, mit Unterschriftensammlungen im Netz, mit Mahnwachen in mehreren Städten und mit Kundgebungen. Wir als DFG-VK NRW rufen für den kommenden Freitag hier in Düsseldorf zu einer Kundgebung auf dem Bertha von Suttner Platz hinter der Hbf auf.

Zur Rekrutierung Minderjähriger hat die Ampel-Koalition in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass Ausbildung und Dienst an der Waffe nur über 18-jährige leisten sollen. Das wäre zwar ein Fortschritt, ist aber nicht das, was die Kinderschutzkonvention aussagt. Es sollen Minderjährige gar nicht zur Armee rekrutiert werden, ob mit oder zunächst ohne Waffen. Daher geht unsere Forderung an die Ampel-Parteien: Machen Sie Nägel mit Köpfen und keine Trickserei. Keine Minderjährigen zur Bundeswehr, egal ob mit oder ohne Waffe!

Schulpolitik ist Ländersache und auch Ministerin Gebauer könne hier aktiv werden. Sie könnte der neuen Militärministerin Lambrecht zu verstehen geben, dass Bundeswehrwerbung, die die Realität des Krieges verschweigt und sich gezielt an Jugendliche wendet, in und an Schulen nicht erwünscht ist. Denn Frau Gebauer hat es darüber hinaus in der Hand, hier die Bundeswehr zumindest in NRW in die Schranken zu weisen. Warum gibt das Schulministerium keine Empfehlung an die Schulen, bei Jobbörsen keine Bundeswehr einzuladen. Warum empfiehlt sie den Schulen nicht, keine Berufsbildungsmessen mehr zu besuchen, an denen die Bundeswehr teilnimmt. Die Landesregierung könnte ihrer Autorität ins Spiel bringen und deutlich machen, dass sie in NRW keine Werbung für und keine Rekrutierung von Minderjährigen wünscht. Das würde es den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülervertretungen leichter machen, die an ihren Schulen dieser Werbung der Bundeswehr kritisch gegenüber stehen und sich dagegen wenden. Doch stattdessen halten Gebauer und die ganze Landesregierung an der Kooperationsvereinbarung fest, die vor über 10 Jahren mit der Bundeswehr abgeschlossen wurde. Wir rufen heute am Red Hand Day dazu auf, diese unsägliche Kooperationsvereinbarung zu kündigen!

Statt die Rekrutierung Minderjähriger zu beenden hat die damalige Militärministerin Kramp-Karrenbauer im letzten Jahr einen neuen Freiwilligendienst an den Start gebracht, der ebenfalls auf Minderjährige zielt. Unter dem Titel „Dein Jahr für Deutschland“ können jährlich 1.000 junge Menschen eine siebenmonatige Grund- und Spezialisierungsausbildung bei der Bundeswehr machen und werden danach „heimatnah“ in den sog. regionalen Reserveeinheiten eingesetzt. In einem Zeitraum von sechs Jahren sollen die jungen Menschen dann für insgesamt fünf Monate an Reserveübungen teilnehmen. An der Waffe ausgebildet werden auch hier bisher noch schon junge Menschen ab 17 Jahren. Ein Fünftel der Bewerber*innen für den neuen Dienst waren im letzten Jahr unter 18 Jahre alt. Auffällig ist auch die Werbung für den neuen Dienst: Das Logo dafür besteht aus dem Schriftzug „Dein Jahr für Deutschland“ mit Schwarz-Rot-Goldener Applikation. In einem Werbevideo heißt es: „Unser Wir braucht mehr von Dir. Schütze unsere Heimat. Wenn wir dich stark machen, machst du ein ganzes Land stark. Schütze unsere Heimat. Erlebe Kameradschaft. Mit dem Neuen Dienst in deiner Region. Zusammenhalt in Deutschland beginnt bei dir.“ Offenbar richtet sich dieser neue Dienst vor allem an rechtsgerichtete Jugendliche.

Was ist der Hintergrund dieses neuen Freiwilligendienstes? Der Bundeswehr fehlt es an Nachwuchs: Etwa 22.000 Stellen in der deutschen Armee sind unbesetzt. Die seit Jahren mit großem finanziellem Aufwand betriebene Aufrüstung steht im Gegensatz zum fehlenden Personal. Die Bewerbungszahlen für den bisherigen freiwilligen Wehrdienst sind rückläufig und auch zuvor konnte damit der Personalbedarf schon nicht gedeckt werden. Man reagiert nun offenbar auf die Unlust der meisten Jugendlichen mit der Bundeswehr in kriegerische

Auslandseinsätze zu ziehen. Der neue Dienst verzichtet darauf und versichert den Bewerber*innen, dass sie nur in Deutschland eingesetzt werden. Doch schon bisher wurden die im Ausland kämpfenden Einheiten von den in Deutschland tätigen Truppen unterstützt und entlastet. 2012 hat dazu die Bundeswehr die Rolle der Reservist:innen, also der ehemaligen aktiven Soldat:innen, gestärkt. Sie wurden in Regionale Sicherungs- und Unterstützungsverbände (RSU) zusammengefasst. In dem damals erstellten Reservistenkonzept heißt es „Reservisten werden dazu abhängig von ihrer Ausbildung und Verfügbarkeit in allen Aufgabengebieten der Bundeswehr eingesetzt.“ In diese Reservisteneinheiten werden nun auch die neuen Freiwilligen eingebaut und tragen mit dazu bei, die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr aufrecht zu erhalten. Wer als also meint, der neue Dienst habe mit Krieg nichts zu tun, der oder die irrt gewaltig.

Mit diesen Menschenfang-Aktionen muss Schluss sein! Wir wollen keine Bundeswehreinsätze im Inneren aber auch nicht im Kriegseinsatz. Wir wollen keine Minderjährigen in der Armee und keinen neuen militärischen Freiwilligendienst. Stattdessen gehören die zivilen Freiwilligendienste ausgebaut, die der Gesellschaft nutzen, mit mehr Entgelt für die darin Tätigen. Und wir sagen: Bundeswehr raus aus den Schulen! Unter 18 nie!